



Empfehlungen der Bildungscoalition NGO

Die Bildungscoalition NGO ist eine Allianz von über 30 nationalen Nicht-Regierungsorganisationen aus den Bereichen Umwelt, Entwicklung, Gesundheit, Menschenrechte und Jugend. Sie vertritt deren Interessen in der Bildung, Forschung und Innovation und entwickelt Empfehlungen zu bildungspolitischen Geschäften.

Geschäfte im Nationalrat

<i>Datum</i>	<i>Vorlage</i>	<i>Empfehlung Bildungscoalition NGO</i>
	<i>Geschäfte des Bundesrates</i>	
Montag, 27. Nov. 2017	Bundesbeschluss (17.031) Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung in den Jahren 2018-2020	Annahme des Bundesbeschlusses
Dienstag, 28. Nov. 2017	Bundesbeschluss (15.033) ZGB. Kinderschutz. Differenzen	Annahme des Bundesbeschlusses
Mittwoch, 29. Nov. 2017	Bundesbeschluss (17.041) Voranschlag 2018 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2019-2021	Annahme von Erhöhungen und Ablehnung von Kürzungen im Bereich Forschung, Bildung, Innovation
	<i>Parlamentarische Vorstösse WBF</i>	
Montag, 27. Nov. 2017	Motion WBK-SR (17.3630) Vollassoziierung an Erasmus+ ab 2021	Annahme der Kommissionenmotion, Ablehnung der Abschreibungen

Positionen der Bildungscoalition NGO auf den folgenden Seiten.

17.031 – Bundesbeschluss

Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung in den Jahren 2018-2020

Inhalt der Vorlage

Der Bund fördert die internationale Mobilität; diese Förderung ist Teil der gemeinsamen Bildungspolitik von Bund und Kantonen. Eine Assoziierung am europäischen Bildungsprogramm «Erasmus+» konnte bis jetzt nicht realisiert werden. Durch eine Schweizer Lösung zur Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung 2018–2020 soll gemäss dem Bundesrat mehrjährige Rechts- und Planungssicherheit geschaffen, Kontinuität bei den Fördermassnahmen garantiert und die Weiterentwicklung der Förderpolitik ermöglicht werden. Es gilt dabei erste Entwicklungsschritte zur langfristig engeren Bündelung der Förderung von Austausch und Mobilität auf nationaler und internationaler Ebene einzuleiten. Der Bundesrat beantragt dem Parlament aus diesem Grund einen Gesamtkredit in Höhe von 114,5 Millionen Franken.

Position der Bildungscoalition

- Um die für Jugendliche und junge Erwachsene sowie für den Bildungs-, Forschungs- und Wirtschaftsstandort Schweiz zentrale internationale Mobilität in der Bildung weiter gewährleisten zu können, ist der Bundesbeschluss anzunehmen, selbst wenn dieser nicht in Richtung einer sofortigen Verhandlungsaufnahme zur Wiederassoziiierung 2018 an Erasmus+ angepasst werden kann.

**Empfehlung der Bildungscoalition NGO:
Annahme des Bundesbeschlusses**

15.033 - Bundesbeschluss
ZGB. Kinderschutz. Differenzen

Inhalt der Vorlage

Die Vorlage will den Kreis der meldepflichtigen Berufsgruppen ausweiten. Waren bisher nur Amtspersonen zur Meldung von Verdachtsfällen verpflichtet, soll diese Pflicht neu auch auf andere Fachpersonen ausgeweitet werden, die beruflich mit Kindern zu tun haben. Zudem zielt die Vorlage auf eine Vereinheitlichung der Meldepflichten und Melderechte bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung ab. Heute gelten von Kanton zu Kanton unterschiedliche Rechte und Pflichten, was mit grossen Unsicherheiten für Fachpersonen verbunden ist.

Die Rechtskommission des Nationalrats hat am 24. Oktober 2017 die Kinderschutzvorlage (15.033 „ZGB. Kinderschutz“) mit 15 zu 8 Stimmen angenommen. Die Kommission nimmt damit ihren Entscheid der ersten Beratung zurück, bei dem sie sich noch gegen die Vorlage ausgesprochen hatte.

In Abweichung zum Ständerat, der im September 2016 der Vorlage bereits zugestimmt hatte, hat die Rechtskommission des Nationalrats beschlossen, den Begriff des „Kindeswohls“ in der Vorlage zu konkretisieren. Demnach soll dann Meldung erstellt werden, wenn die körperliche, psychische oder sexuelle Integrität eines Kindes gefährdet erscheint.

Die Kommission ist zudem der Ansicht, dass Kantone, deren Melderechte und Meldepflichten über diejenigen der Kinderschutzvorlage hinausgehen, ihre jeweiligen Regelungen beibehalten können. Dies im Gegensatz zum Ständerat, der das Ziel der Vereinheitlichung zwischen den Kantonen höher gewichtete.

Position der Bildungscoalition

- Mit gezielten Anpassungen schafft die Revision bessere Grundlagen für einen unmittelbaren und wirksamen Kinderschutz.
- Aus Sicht der Bildungscoalition NGO sind folgende Aspekte des Entwurfs hervorzuheben:
 - Meldepflichtige sollen eine Kindeswohlgefährdung an die KESB melden, wenn sie nicht selber Abhilfe schaffen können (Art. 314d). Dies bedingt allerdings, dass diese Personen im Rahmen der Aus- und Weiterbildungen besser sensibilisiert werden. Des Weiteren sollen die Meldepflichtigen an vorgelagerte Ansprechstellen gelangen können, und es sollen für die Bevölkerung vorgelagerte niederschwellige Angebote des Kinderschutzes (freiwilliger Kinderschutz) zur Verfügung stehen. So kann das in der Revision gestärkte Prinzip der Subsidiarität „Hilfe vor Anordnung“ seine volle Wirksamkeit entfalten
 - Das Melderecht für Berufs- und Amtsgeheimnistragende soll erleichtert werden, indem sie sich nicht mehr von ihrem Berufsgeheimnis entbinden müssen. Die Erleichterung des Melderechts wird die Meldebereitschaft bei dieser Gruppe von Fachpersonen erhöhen.

Empfehlung der Bildungscoalition NGO:
Annahme des Bundesbeschlusses

17.041 - Bundesbeschluss

Voranschlag 2018 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2019-2021

Inhalt der Vorlage

Der vom Bundesrat unterbreitete Voranschlag 2018 sieht Einnahmen von insgesamt 71,322 Milliarden Franken und Ausgaben von insgesamt 71,219 Milliarden Franken vor. Für 2018 wird demnach mit einem Überschuss von 103 Millionen Franken gerechnet. Gemäss Voranschlag werden in den Finanzplanjahren 2019–2021 zudem „Überschüsse erwartet, welche ausgehend von 160 Millionen auf knapp 1 Milliarde anwachsen“.

Das Budget sieht verschiedene Korrekturen und Sparmassnahmen vor, von denen auch der Bereich Bildung, Forschung und Innovation überproportional betroffen. Die Finanzkommission des Ständerates (FK-SR) beantragt ihrem Rat, gegenüber dem Voranschlagsentwurf des Bundesrates zusätzliche Ausgaben vorzusehen, namentlich zugunsten der Bereiche Bildung und Forschung.

Diese Haltung vertritt auch die FK-NR: Sie beantragt ihrem Rat, den Finanzierungsbeitrag an den ETH-Bereich um 37,4 Millionen Franken anzuheben (Die FK-SR verlangt eine Erhöhung um 52,9 Millionen Franken). Auch die Grundbeiträge an die Universitäten und Fachhochschulen sollen grosszügiger ausfallen als vom Bundesrat vorgeschlagen. Sparen will die Kommission dagegen bei den Stipendien an ausländische Studierende (-0,18 Millionen Franken).

Position der Bildungscoalition

- Damit der Denk- und Werkplatz Schweiz durch einen Qualitätsabbau nicht nachhaltigen Schaden erleidet, ist im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) von Einsparungen abzusehen. Es sind gezielt zusätzliche Mittel bereitzustellen zur Integration, Umsetzung bzw. Förderung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in der Schweiz
- Der Wirtschaftsdachverband economiesuisse hält zu Recht fest: „Für Wirtschaft und Gesellschaft erfüllt das Bildungssystem eine der zentralsten Funktionen überhaupt. Weder die politische, noch die kulturelle oder die wirtschaftliche Schweiz können existieren ohne gut ausgebildeten, innovativen Nachwuchs. Mit einer qualitativ hochstehenden Volksschule und ihrem dualen Bildungssystem ist die Schweiz stark geworden“. Economiesuisse empfiehlt ebenfalls, dem BFI-Bereich die nötigen Mittel zukommen zu lassen und „im Minimum sicherzustellen, dass diese Mittel für 2018 nicht tiefer ausfallen als für 2017“.
- Die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wird in der Schweiz auch mit zahlreichen Aktivitäten im non-formalen Bildungsbereich gefördert. Dies geschieht etwa durch Lager von Kinder- und Jugendverbänden, Jugendfachstellen und Jugendtreffs in den Gemeinden, Austauschprogramme, Jugendparlamente und meist mit einem grossen Engagement von Freiwilligen. Der Bund würdigt und unterstützt diese Arbeit mit dem Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFG). Der entsprechende Kredit soll um CHF 2.3 Mio. erhöht werden, um den zunehmenden Aufwand dieser Organisationen in Zusammenhang mit neuen Herausforderungen der Gesellschaft (Prävention, Sicherheit, Integration etc.) Rechnung zu tragen.

Empfehlung der Bildungscoalition NGO:
Annahme des Entwurfs unter den oben beschriebenen Voraussetzungen

17.3630 – Motion WBK-SR
Vollassoziierung an Erasmus+ ab 2021

Inhalt der Vorlage

Der Bundesrat wird mit der Motion beauftragt, die Verhandlungen mit der EU schnellstmöglich wieder aufzunehmen, damit die Schweiz ab 2021 wieder voll am EU-Programm Erasmus+ assoziiert ist.

Position der Bildungscoalition NGO

- Im Gegensatz zum oben aufgeführten Bundesbeschluss [17.031](#) bezieht sich die Kommissionsmotion auf die Periode nach 2021. Sie verlangt die schnellstmögliche Verhandlungsaufnahme für das Nachfolgeprogramm von Erasmus+, dessen Name noch nicht bekannt ist. Die rechtzeitige Wiederaufnahme von Verhandlungen ist zentral, um eine Vollassoziierung an diese Mobilität in der Bildung ab 2021 sicherzustellen.
- Eine rechtzeitige Verhandlungsaufnahme mit klarer Zielsetzung ist die einzige Möglichkeit, bestmögliche Bedingungen für die Schweiz auszuhandeln, um nicht im letzten Moment auf unbefriedigende Lösungen eingehen zu müssen.
- Die Abschreibung der beiden gleichlautenden Kommissionsmotionen [14.3291](#) NR / [14.3294](#) SR - *Erasmus plus und Horizon 2020. Klarheit für Studierende, Forscher, Hochschulen und Unternehmen schaffen* ist abzulehnen, da diese Motionen die "baldmöglichste Assoziierung an Erasmus+ mit aller Kraft" verlangen – ein Auftrag, der durch die Annahme von [17.3630](#) nicht erfüllt wird.

Empfehlung der Bildungscoalition NGO:
Annahme der Kommissionsmotion, Ablehnung der Abschreibungen

Die Bildungscoalition NGO

Alliance Sud Arbeitsgemeinschaft Swissaid – Fastenopfer – Brot für alle – Helvetas – Caritas – Heks | Amnesty International | Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung | Bildungswerkstatt Bergwald | Dachverband Offene Kinder- und Jugendarbeit Schweiz DOJ | Greenpeace | Hannes Pauli Gesellschaft HPG | Helvetas Swiss Intercooperation | humanrights.ch | Incomindios Schweiz | Intermundo Dachverband für Jugendaustausch | Kinderlobby Schweiz | Netzwerk Kinderrechte Schweiz | Peace Brigades International PBI | Pro Juventute | Pro Natura | Public Health Schweiz | Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV – CSAJ | Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH | Schweizerische Herzstiftung | Stiftung Kinderdorf Pestalozzi | Stiftung myclimate | Stiftung SILVIVA | Union der Schülerorganisationen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein USO-UCE-UCS | Verband der Schweizer Studierendenschaften VSS | WWF Schweiz